

EXKLUSIV HANDELSBLATT, Samstag, 11. August 2007, 11:09 Uhr

Beamte

Im öffentlichen Dienst fehlt der Nachwuchs

Von Peter Thelen

Der Deutsche Beamtenbund hat vor einem massiven Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst ab 2012 gewarnt: Die Nachwuchssorgen würden diesen Bereich nicht nur früher, sondern auch härter treffen als die private Wirtschaft, hieß es. Erste Engpässe seien bereits erkennbar.



Schon jetzt fehlen in vielen Schulen die passenden Lehrer. Foto: dpa

BERLIN. „Wenn wir nicht schon heute in der Besoldungspolitik gegensteuern, wird der öffentliche Dienst den in den nächsten Jahren immer härter werdenden Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe verlieren“, warnte der Vorsitzende des Beamtenbunds Peter Heesen im Gespräch mit dem Handelsblatt. Denn der demografiebedingte Rückgang des Arbeitskräftepotenzials, der nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung 2015 verstärkt eintreten wird, werde den öffentlichen Dienst nicht nur früher, sondern auch härter treffen als die private

Wirtschaft.

Als Grund nannte Heesen die starke Überalterung des Personals. Während die Wirtschaft vor allem in den 90er-Jahren ihre Belegschaften stark verjüngt hat, fand im öffentlichen Dienst genau der gegenteilige Prozess statt. „Seit 1993 wurde jährlich rund 1,5 Prozent des Personals abgebaut. Bei einer natürlichen Fluktuation von nur zwei Prozent pro Jahr bedeutet dies, dass wir kaum junge Nachwuchskräfte einstellen konnten“, so Heesen.

Nach Daten des statistischen Bundesamts sind deshalb inzwischen 75 Prozent der 4,6 Millionen Beschäftigten über 35 Jahre alt, rund die Hälfte über 45 und rund 20 Prozent 55 und älter. Dies bedeutet, dass ausgerechnet in der kritischen Zeit wenn die geburtenschwachen Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt ankommen, rund ein Fünftel der Bediensteten binnen weniger Jahre in Pension gehen wird.

Erste Engpässe seien schon heute erkennbar, vor allem an den Schulen und beim technischen Personal der Kommunen. „Bei den Gymnasien fehlen Lehrer in den naturwissenschaftlichen Fächern, aber inzwischen zunehmend auch bei Sprachen und musischen Fächern wie Kunst und Musik“, klagt Heesen. Besonders groß sei der Lehrermangel an den berufsbildenden Schulen. Viele Kommunalverwaltungen fände es schon heute schwer, technisches Personal zu gewinnen. Bei IT-Fachkräften unterliege die öffentliche Verwaltung wegen der schlechten Besoldung regelmäßig im

Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft. Selbst Bundesministerien seien nicht mehr in der Lage, IT-Kräfte im erforderlichen Umfang zu gewinnen, weil die Bezahlung in der Privatwirtschaft deutlich besser sei. Und selbst dort klagt nach Schätzungen des DIHK inzwischen bereits jedes zweite Unternehmen über Fachkräftemangel. „In vielen Regionen“, warnt Heesen, „wird es einen regelrechten Absturz beim Arbeitskräfteangebot geben“. So sei die Zahl der Geburten in Brandenburg seit 1990 von 86 000 auf 18 200 eingebrochen. In vielen westdeutschen Landstrichen sehe es ähnlich aus.

„Mit den heutigen Besoldungsstrukturen, deren Wurzeln im Anfang des vergangenen Jahrhunderts liegen, werden wir den damit drohenden Wettbewerb um Fachkräfte mit der gewerblichen Wirtschaft nicht bestehen können.“ Vor allem bei den Eingangsgehältern sei der öffentliche Dienst schon nicht mehr konkurrenzfähig. So seien angesichts der damals noch klammen Kassen der öffentlichen Arbeitgeber die Anfangsvergütungen im Tarifbereich noch 2005 sogar um zehn Prozent abgesenkt worden. „Das müssen wir korrigieren. Doch das wird nicht reichen“, sagte Heesen. Auch mit linearen Einkommenserhöhungen sei das Problem nicht zu bewältigen.

Die Tarifreform des öffentlichen Dienstes ist nach Ansicht Heesens zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie gebe aber immer noch zu wenig Spielraum, um auf die Konkurrenzsituation mit der Privatwirtschaft angemessen zu reagieren. Der Beamtenbund will noch in diesen Herbst das Thema Besoldungsstrukturen für die Beamten auf die Tagesordnung setzen und stößt damit zumindest bei Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) auf offene Ohren. Dort befasst sich derzeit eine Arbeitsgruppe mit dem Thema.

Ziel des Beamtenbundes ist es dabei nicht, die Bezahlung der Privatwirtschaft zu toppen. Schließlich könnten die öffentlichen Arbeitgeber anders als die Privatwirtschaft Berufsanfängern eine lebenslange Beschäftigung versprechen, meint Heesen. Bei den Arbeitgebern stößt er mit seinen Warnungen allerdings auf Skepsis. „Wir sehen keinen akuten Handlungsbedarf“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Kommunalen Arbeitgeberverbände, Manfred Hoffmann. Die von Heesen behaupteten Probleme bei IT-Fachkräften sind nach seiner Ansicht nur Einzelfälle. „Was wir auf keinen Fall tun können, ist auf der Basis von Prognosen Vergütungsreformen im öffentlichen Dienst einzuleiten, die zu einer massiven Erhöhung der Personalkosten führen.“ Das wäre verantwortungslos.

+++++

Informationen zur Zeitverzögerung und Nutzungshinweise:

Die in Handelsblatt.com veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Nachrichten und Artikel beruhen teilweise auf Meldungen der Nachrichtenagenturen AP, dpa, sid, Reuters und Dow Jones. Dennoch können weder die Verlagsgruppe Handelsblatt, noch deren Lieferanten für die Richtigkeit eine Gewähr übernehmen. Das Handelsblatt weist ausdrücklich darauf hin, dass die veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder Rechten darstellen. Sie ersetzen auch nicht eine fachliche Beratung. Die Verlagsgruppe Handelsblatt versichert zudem, dass persönliche Kundendaten mit größter Sorgfalt behandelt und nicht ohne Zustimmung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden. Alle Rechte vorbehalten.

Währungsdaten sowie die Kurse von Lang & Schwarz werden soweit technisch möglich ohne Zeitverzögerung angeboten. Andere Börsenkurse werden zeitverzögert um mindestens folgende Zeitspannen angezeigt: Deutsche Börse AG 15 Min., Börse Stuttgart AG 15 Min., AMEX 20 Min., NASDAQ 15 Min., NYSE 20 Min.

Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist untersagt.

All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.